Wer muss den Betreuer bezahlen? Und was kostet er?

Viele sind überrascht, wenn vom Betreuungsgericht eine Rechnung ins Haus flattert. Juristen nennen sie Kostenfestsetzung. Darin werden die Kosten ausgewiesen, die der Betreuer von der betreuten Person verlangen darf. Außer den Kosten für den Betreuer fallen aber auch noch Kosten für das Gerichtsverfahren an. Erschrocken fragen sich die Betreuten: Muss ich das alles zahlen?

Zunächst einmal gilt der Grundsatz, dass die betreute Person die Betreuung aus einem eigenen Einkommen und Vermögen finanzieren muss. Wenn der Betreute allerdings mittellos ist, dann zahlt Vater Staat den Betreuer. Allerdings ist der Betreute damit noch nicht ganz raus aus der Zahlungspflicht. Denn wenn er später Gelder bekommt (z. B. durch eine Erbschaft), dann können die Betreuungskosten doch noch von ihm verlangt werden. Das ist für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren nach Bewilligung der jeweiligen Vergütung möglich!

Angehörige nur im Ausnahmefall

Vorab eine wichtige Nachricht für die Angehörigen: Sie müssen zunächst nicht für eine bestehende Betreuung bezahlen. Allerdings können sie im Rahmen Unterhaltspflicht und ihrer Leistungsfähigkeit gegenüber dem Betreuten grundsätzlich zum Unterhalt verpflichtet sein. Das Betreuungsgericht kann deswegen die unterhaltspflichtigen Angehörigen zur Zahlung von Unterhalt auffordern und sie so an den Kosten der Betreuung beteiligen. In der Praxis kommt das jedoch vergleichsweise selten vor.

Einkommen und Vermögen entscheidend

Zurück zum Betreuten selbst. Für seine Pflicht, die Kosten tragen zu müssen, kommt es darauf an, ob er mittellos ist. Geregelt ist das in den §§ 1836c, 1836d BGB. Zwei Faktoren sind entscheidend:

- Das Einkommen: Das (bereinigte) Einkommen darf die Freigrenze von derzeit 818 Euro (zuzüglich der Kosten für die Kaltmiete und Betriebskosten und ggf. einen Familienzuschlag) nicht übersteigen.
- Das Vermögen: Hier zählt grundsätzlich das gesamte verwertbare Vermögen des Betreuten. Allerdings gibt es bedeutende Posten, die als Schonvermögen gelten und nicht zur Finanzierung der Betreuung herangezogen werden dürfen (z. B. Familien-

und Erbstücke), selbst ein angemessenes selbst genutztes Hausgrundstück oder eine selbst genutzte Eigentumswohnung; ebenso angemessener Hausrat wie Möbel und Hausratsgegenstände. Für Barvermögen gibt es einen Schonbetrag. Dieser liegt seit dem 1.4.2017 bei 5.000 Euro.

Nur das bereinigte Einkommen zählt

Entscheidend für die Zahlungspflicht der betreuten Person sind also dessen Einkommen und Vermögen. Die Berechnung des (bereinigten) Einkommens ist relativ kompliziert (s. § 82 SGB XII).

Zunächst werden alle Geldquellen zusammengezählt. Bei Pflegebedürftigen sind das i.d.R. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen (Zinsen) sowie die Altersrente und Leistungen der Pflegeversicherung (Ausnahme: Pflegegeld, das an Pflegepersonen weitergegeben wird).

Nicht zum Einkommen zählen sämtliche Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz (SGB XII) oder auch eine Kriegshinterbliebenenversorgung, ebenso wenig wie Blinden- und Gehörlosengeld.

Nun wird von den aufaddierten Beträgen etliches abgezogen (z. B. Steuern und Sozialabgaben, Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und einiges andere mehr). Schließlich bleibt das bereinigte Einkommen übrig. Und das muss über 818 Euro (zuzüglich Miete inkl. Betriebskosten und evtl. dem Familienzuschlag) liegen.

Nur ganz oder gar nicht

Ergibt die Berechnung bezüglich Einkommen und Vermögen, dass der Betreute die Vergütung des Betreuers nur teilweise oder gar nicht bezahlen kann, so gilt er insgesamt (!) als mittellos. Der Betreuer erhält seine Vergütung dann komplett aus der Staatskasse. Der Betreute kann nicht verpflichtet werden, die Vergütung anteilig mitbezahlen zu müssen. Es gilt also: Entweder ganz oder gar nicht.

Das dürfen Ehrenamtliche verlangen!

Gleich wer die Kosten für den Betreuer übernehmen muss, ob Staat oder Betreuer, die Vergütung, bzw. Entschädigung der Betreuer ist in jedem Fall gleichermaßen geregelt. Zu unterscheiden ist allerdings danach, ob eine Person als ehrenamtliche Betreuer oder als ein Berufsbetreuer tätig ist.

Die ehrenamtlichen Betreuer haben nach §§ 1835, 1835a BGB zwei Möglichkeiten: Sie können eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von maximal 399 Euro jährlich geltend machen. Dadurch soll es ihnen erspart werden, akribisch sämtliche Belege über womöglich recht kleine Beträge zu sammeln und Jahre lang aufbewahren zu müssen. Wenn die ehrenamtlichen Betreuer das möchten, dann können sie aber genau das tun. Womöglich kommen sie dann über die Pauschale hinaus. Sammeln sie also z. B. Belege zu Fahrtkosten, Porto oder Telefonkosten, dann wird ihnen dieser Betrag nicht nur pauschal, sondern auf Heller und Pfennig erstattet.

Das dürfen Berufsbetreuer verlangen!

Ehrenamtliche Betreuer erhalten also nur eine Aufwandsentschädigung. Berufsbetreuer hingegen bekommen eine Vergütung („Lohn“). Die Vergütung des Berufsbetreuers ist geregelt im Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (VBVG).

Die Vergütung wird nach dem zeitlichen Aufwand, der beim Betreuer angefallen ist, berechnet.

Die Stundensätze für den Berufsbetreuer (und für die Ermessensvergütung) sind gestaffelt (alle Beträge inklusive Mehrwertsteuer):

- besondere Kenntnisse: 27 Euro
- Kenntnisse durch eine abgeschlossene Lehre oder eine vergleichbare abgeschlossene Ausbildung: 33,50 Euro
- Kenntnisse durch eine abgeschlossene Ausbildung an einer Hochschule oder durch eine vergleichbare abgeschlossene Ausbildung: 44 Euro

Mit dieser Vergütung sind auch die Aufwendungen des Betreuers umfasst. Er kann also nicht zusätzlich noch Telefonkosten, Fahrtkosten oder Ähnliches erstattet verlangen.

Vergütung der Berufsbetreuer ist gedeckelt!

Wichtig bei der Vergütung des Berufsbetreuers ist noch Folgendes: Er darf pro Betreuten nur eine bestimmte maximale Anzahl an Stunden (pro Monat) abrechnen. Dabei wird differenziert nach Betreuten, die in einer Pflegeeinrichtung oder außerhalb eines Heims leben. Außerdem kommt es darauf an, ob der Betreute mittellos ist oder ob er auf Vermögen zurückgreifen kann. Bei den Stundenkontingenten (siehe Tabelle unten) fällt auf, dass im ersten Jahr nach Übernahme der Betreuung eine erheblich höhere Anzahl an Stunden vergütet werden kann als danach. Insgesamt aber sind die Stundenkontingente relativ schmal bemessen.

Kosten des Betreuungsverfahrens

Abschließend noch zu den Kosten des Betreuungsverfahrens: Das sind nicht die Kosten für den Betreuer, sondern die Kosten, die im Rahmen des Gerichtsverfahrens anfallen.

Zu unterscheiden sind:

- Gerichtsgebühren
- gerichtlichen Auslagen (z. B. Kosten für Sachverständige, Dolmetscher, Zeugen)
- außergerichtliche Auslagen (v. a. Rechtsanwaltskosten)

Gerichtsgebühren und gerichtliche Auslagen werden für das laufende Betreuungsverfahren nur dann erhoben, wenn das Vermögen des Betroffenen 25.000 Euro übersteigt. Ein „angemessenes Hausgrundstück“, das vom Betreuten und/oder bestimmten Angehörigen bewohnt wird, wird dabei nicht mitgerechnet. Die Höhe des Einkommens spielt keine Rolle.

Geht das Vermögen über den Betrag von 25.000 Euro hinaus, so wird je weiterer 5.000 Euro eine Jahresgebühr von 10 Euro berechnet, mindestens aber 200 Euro. Ist die Vermögenssorge nicht Teil der Betreuung, dann ist die Jahresgebühr auf 300 Euro gedeckelt. Die Gebühren werden erstmals bei Anordnung der Betreuung (also mit Erlass des Beschlusses) und später jeweils zu Beginn des Kalenderjahres fällig. Ehepartner, Kinder und sonstige Angehörige müssen diese Kosten keinesfalls übernehmen.

Die gerichtlichen Auslagen sind von Fall zu Fall unterschiedlich und hängen von den im Betreuungsverfahren entfalteten Tätigkeiten ab. Wurde z.B. überhaupt ein Sachverständiger eingeschaltet oder sind Reisekosten des Gerichts angefallen?

Wird die Bestellung eines Betreuers abgelehnt oder das Gerichtsverfahren ohne eine Entscheidung beendet, so werden keine Gerichtsgebühren und gerichtlichen Auslagen erhoben. ■

EXPERTENTIPP

Der Anspruch auf die Aufwandsentschädigung verjährt 15 Monate nach Entstehen des Anspruches. Pflegende Angehörige, die als ehrenamtliche Betreuer tätig sind, sollten den Antrag auf Entschädigung daher rechtzeitig stellen. Zuständig ist der Rechtspfleger beim zuständigen Betreuungsgericht.

EXPERTENTIPP

Auch ehrenamtliche Betreuer können eine Vergütung bekommen, allerdings nur dann, wenn das Betreuungsgericht das ausnahmsweise so angeordnet hat („Ermessensvergütung“). Eine solche Ausnahme ist möglich, wenn der Betreute über Vermögen verfügt und die Bedeutung der Betreuungsgeschäfte groß ist. Wer als ehrenamtlicher Betreuer also bspw. für Vater oder Mutter viele Häuser zu verwalten hat, der sollte bei Gericht einen Antrag auf Vergütung stellen.

Monat seit Betreuungsbeginn	mittelloser Betreuer in einem Heim	mittelloser Betreuer nicht in einem Heim	vermögender Betreuer in einem Heim	vermögender Betreuer nicht in einem Heim
1 bis 3	max. 5,5 Stunden	max. 8,5 Stunden	max. 4,5 Stunden	max. 7 Stunden
4 bis 6	max. 4,5 Stunden	max. 7 Stunden	max. 3,5 Stunden	max. 5,5 Stunden
7 bis 12	max. 4 Stunden	max. 6 Stunden	max. 3 Stunden	max. 5 Stunden
ab 13	max. 2,5 Stunden	max. 4,5 Stunden	max. 2 Stunden	max. 3 Stunden